



Europäische Energieunion kommt Schritt für Schritt

Neue Institution aufgrund aktueller Herausforderungen

15. Juli 2015

Autor

Josef Auer
+49 69 910-31878
josef.auer@db.com

Editor

Lars Slomka

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Research
Frankfurt am Main
Deutschland
E-Mail: marketing.dbr@db.com
Fax: +49 69 910-31877

www.dbresearch.de

DB Research Management
Ralf Hoffmann

Der entscheidende Impuls für die von den EU Staats- und Regierungschefs im März 2015 eingegangene Verpflichtung zum Aufbau der Europäischen Energieunion ging vom Ukraine-Russland-Konflikt und seiner Bedeutung für die Versorgungssicherheit aus. Infolge dieses Konflikts sahen sich viele Länder in Ost- und Mitteleuropa insbesondere von möglichen Gaslieferunterbrechungen seitens Russlands bedroht. Das hohe Ausfallrisiko führte die europäischen Länder zusammen und war letztlich die Basis für die neue Initiative.

Das verabredete Grobkonzept der Energieunion ist durchaus umfassend. Und die zentralen fünf Aufgabenfelder, denen sich die neue Institution widmen möchte, sind auf den ersten Blick wenig strittig, aber ambitioniert. Im Einzelnen soll Europas Energiewirtschaft mittels Initiativen für mehr Versorgungssicherheit, eine Minderung der CO₂-Emissionen des Energieverbrauchs, die Vollendung des EU-Energiebinnenmarktes, mehr Energieeffizienz zur Reduktion der Energienachfrage sowie mehr Forschung, Entwicklung und Innovationen gestärkt werden.

Nach unserer Einschätzung zeichnet sich bereits heute ab, dass letztlich kein allumfassendes Gesamtkonzept zur Bewältigung sämtlicher energie- und klimapolitischer Herausforderungen unserer Zeit erwartet werden sollte. Dafür sind die Interessen der einzelnen europäischen Länder sowie der betroffenen Wirtschaftszweige nach wie vor zu unterschiedlich.

Als zweckmäßig für die Energieunion, weil für die EU insgesamt lohnend, könnte sich eine Konzentration auf folgende Aufgabenfelder erweisen: Erstens, die weitere Liberalisierung der leitungsgebundenen Energien, also Strom und Gas, bis zur Vollendung des diesbezüglichen EU-Binnenmarktes. Damit zusammenhängend, zweitens, Aus- und Umbau der erforderlichen Infrastrukturen; also vom Aufbau der dazu erforderlichen Strom- und Gasnetze bis hin zu akkommodierenden Speicherlösungen. Drittens sollte die Energieunion auch das Thema Smart Grids weiter vertiefen – also den intelligenten Ausgleich von Elektrizitätsangebot und -nachfrage im dezentralen Bereich weiter voranbringen.

Für die Energieunion ist, viertens, vor dem Hintergrund der G7-Vereinbarungen das Ziel „carbonfreie Energiewelt“ bzw. „carbonfreies Europa“ eine ernste Herausforderung. Dieser Themenkomplex könnte durchaus sehr unterschiedliche Energieträger, -konzepte und -lösungen umfassen – z.B. von erneuerbaren Energien bis hin zur Kernenergie. In diesem Arbeitsfeld könnten nicht zuletzt auch Konzepte der koordinierten Energieerzeugung und/oder einer systematischeren Einbeziehung der Energieverbraucher ins Energienetzwerk (weiter-)entwickelt werden. Gleichwohl macht es hier den Eindruck, dass ambitionierte Ziele für die ferne Zukunft Vorrang vor der schnellen Umsetzung evidenter kurzfristiger Ziele bekommen könnten.



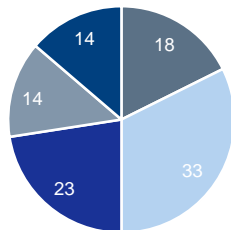
Europäische Energieunion kommt Schritt für Schritt

Energiezusammenarbeit – ein Kernbaustein des neuen Europa

EU-Primärenergieverbrauch zu 3/4 fossil, 2013

1

EU28: absolut 1630 mtoe, in %



- Kohle
- Erdgas
- Erneuerbare Energien
- Mineralöl
- Kernenergie

Quellen: Eurostat, IEA, BP, WEC

Eine Lehre, die aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen wurde, war, dass eine engere internationale Vernetzung insbesondere der militärisch wichtigen Wirtschaftssektoren einen neuerlichen Krieg wohl am ehesten verhindern kann. Deshalb schlug der damalige französische Außenminister, Robert Schuman, 1950 die Bildung einer „Montanunion“ vor, die insbesondere die deutsche und französische Kohle- und Stahlindustrie gemeinsam verwalten sollte. Mit der Etablierung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im April 1951, der beim Inkrafttreten 1952 auch Belgien, Italien, Luxemburg und die Niederlande (also sechs Gründerstaaten) angehörten, war das Fundament der späteren Europäischen Union (EU) gelegt. Bereits die EGKS kannte Frühformen heute typischer EU-Institutionen mit supranationalen Zuständigkeiten wie EU-Kommission, EU-Parlament und EU-Rat.

In den kommenden Jahren verlor die Steinkohle infolge des Aufstiegs der Kernenergie in der Elektrizitätserzeugung wichtiger europäischer Länder wie Frankreich und Deutschland, der globalen Expansion des Erdöls sowie der raschen Entwicklung des Erdgassektors in Europa relativ rasch ihre anfängliche Bedeutung. Im Umfeld der Eingliederung der osteuropäischen Länder und dem steigenden globalen Wettbewerb, in dem nicht zuletzt auch die Energiepreise als Kostenfaktor eine immer stärkere Relevanz erlangten, kam es in den 1990er Jahren zu einer neuen mutigen EU-Energieinitiative.

Schrittmacher Liberalisierung

Zum neuen Zielgebiet der europäischen Energiepolitik stiegen die bis dato weitgehend einzelstaatlich strukturierten und ausgerichteten Märkte für Elektrizität und Gas auf. Und zum Kernelement der EU-Liberalisierungsanstrengungen wurde die Etablierung von funktionsfähigen Binnenmärkten für Elektrizität und Gas, um so den Wettbewerb auf den beiden Märkten europaweit einzuführen bzw. zu forcieren. Die Liberalisierung sollte letztlich neuen grenzüberschreitenden Wettbewerb bringen, damit in Zukunft die Preise für Strom und Gas weniger stark stiegen als auf den alteingesessenen nationalen Märkten der beiden Leitungsenergien. Dies sollte keineswegs nur die privaten Haushaltskunden begünstigen. Auch wichtige europäische Industriezweige – von der Automobilindustrie über die Chemie bis hin zu Stahlindustrie, Elektrotechnik und Maschinenbau – sollten dank größeren Wettbewerbs unter ihren Energielieferanten von der Kostenseite her entlastet und damit konkurrenzfähiger gegenüber ihren Wettbewerbern in den Nicht-EU-Ländern werden. Ihren Sitz hatten diese damals vor allem in den USA und Japan; erst in den letzten Jahren immer öfter auch in China.

Schrittmacher Klimapolitik

Zusätzlich zur neuen Wettbewerbspolitik wurde eine im internationalen Kontext bis dato beispiellose Klimapolitik zu einem weiteren Zielgebiet der neuartigen energie- und umweltpolitischen Zusammenarbeit in Europa. Neuland betrat Europa nicht zuletzt mit der Etablierung des länderübergreifenden Emissionshandels und weiterer Klimainstrumente.

Aus heutiger Sicht ist festzustellen: In den letzten Jahren kam es zwar zu Fortschritten rund um die Liberalisierung der europäischen Gas- und Strommärkte. Erinnerung sei nur an die Modifikation der Liberalisierungsvorgaben im Rahmen zweier weiterer Energiebinnenmarktpakete. Und auch zeitgemäße Anpassungen des Emissionshandels wurden vorgenommen; z.B. die Einführung einer flexibleren Mengengenpolitik sowie die Konkretisierung der Klimaziele bis 2020. Gleichwohl waren beide Zielgebiete alleine – also weder nur die neue Wettbewerbspolitik, noch einzig die Umwelt- bzw. Klimapolitik – letztlich keineswegs ausschlaggebende Treiber für die neuen Initiativen zugunsten der Etablierung einer europaweiten Energieunion.



Europäische Energieunion kommt Schritt für Schritt

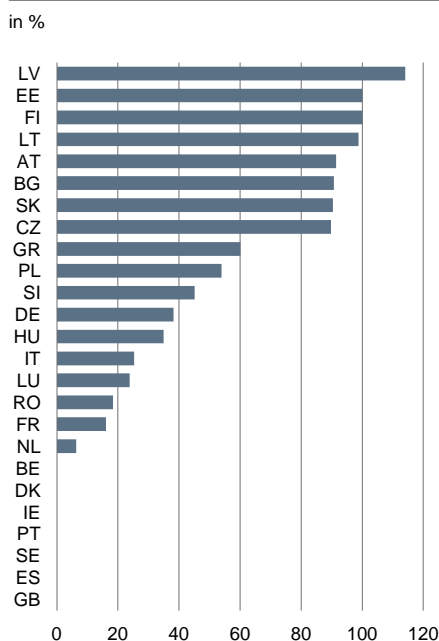
Sorge um Versorgungssicherheit gibt entscheidenden Impuls

Europäische Energieunion

Der eigentlich neue Impuls für die Etablierung einer Europäischen Energieunion kam von dem neben den Wettbewerbs- und Umweltzielen dritten Hauptziel der Energiepolitik, dem Ziel der Versorgungssicherheit. Als 2014 nämlich der Ukraine-Russland-Konflikt eskalierte, fühlten sich viele Länder in Ost- und Mitteleuropa hinsichtlich ihrer Energielieferungen aus Russland verunsichert. Die Sorgen betrafen dabei vor allem die Gaslieferungen. Dies hatte zwei Gründe: Erstens war Russland für einige Länder nicht nur der Haupt-, sondern sogar der einzige Lieferant. Zweitens waren aufgrund der Gasleitungsinfrastruktur im Osten Europas kurz- und mittelfristig vielerorts keine auskömmlichen Alternativen darstellbar. Im Unterschied dazu konnten Öl und Kohle notfalls auch international auf relativ funktionsfähigen Weltmärkten bezogen werden. Infrastrukturell bedingte Engpässe waren zwar auch bei diesen Energieträgern nicht vollständig auszuschließen, erschienen notfalls aber doch in überschaubarer Zeit bewältigbar.

RU-Importanteile am jeweiligen Erdgasverbrauch des Landes in 2012

2



Quellen: IEA/OECD/DIW

Ukraine-Krise schweißt die europäischen Länder zusammen

Obwohl die Ukraine kein Mitglied der EU ist, offenbart die Ukraine-Krise doch viele Unzulänglichkeiten der europäischen Energiebeziehungen. Die wohl wichtigste Ursache liegt im unterschiedlichen energie- und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsstand der einzelnen Länder: Für die aufstrebenden Länder Mittel- und Osteuropas kam es bis dato vor allem auf die Sicherung und weitere Stabilisierung der Energieversorgung an, damit die national bestehenden Energiestrukturen (von der Stromerzeugung bis hin zur Wärmeversorgung) weiter genutzt und fortentwickelt werden konnten. Im Gegensatz dazu präferierten viele Länder Nord- und Westeuropas – immer öfter und immer mehr – eine Umstrukturierung der Energiesysteme in Richtung umweltpolitischer Ziele.¹

Dieser grundsätzliche Interessenkonflikt lähmte zu Beginn der laufenden Dekade noch die Neuausrichtung der europäischen Energiepolitik. Im Rahmen der gestiegenen politischen und energiewirtschaftlichen Unsicherheiten rund um die Krise in der Ukraine kam es dann aber doch zu einem gemeinsamen Ansatz. Jean-Claude Juncker, der heutige Kommissionspräsident, plädierte bereits Mitte 2014², also vor seinem tatsächlichen Amtsantritt, für die Etablierung einer Energieunion.³

Zentrale Ansatzpunkte der Europäischen Energieunion

Im März 2015 verpflichteten sich die 28 europäischen Staats- und Regierungschefs zum Aufbau einer Energieunion. Das Grobkonzept, für das Einigkeit zwischen den Mitgliedsländern erzielt werden konnte, ist durchaus umfassend. Es gliedert sich in folgende fünf „Dimensionen“, deren Bearbeitung Europas Energiewirtschaft künftig stärken soll:

- Minderung der CO₂-Emissionen des Energieverbrauchs,
- Mehr Energieversorgungssicherheit,
- Vollendung des EU-Energiebinnenmarktes,

¹ Vgl. dazu auch Fischer, Severin/Geden, Oliver (2015). Die Grenzen der Energieunion. SWP-Aktuell 36. S. 2.

² Zu Details vgl. Juncker, Jean-Claude (2014). A New Start for Europe: My Agenda for Jobs, Growth, Fairness and Democratic Change. Political Guidelines for the next European Commission. Strasbourg. 15. Juli. S. 5/6.

³ Dabei modifizierte und erweiterte er Vorschläge, die bereits 2010 Jerzy Buzek (damals Präsident des Europäischen Parlaments) und Jacques Delors (früherer Kommissionspräsident) gemacht hatten, und im April 2014 von Donald Tusk (damals Ministerpräsident Polens, später Präsident des Europäischen Rats) angesichts der neuen politischen Realitäten rund um Russland kritisch hinterfragt und verändert wurden. Vgl. auch Fischer, Severin/Geden, Oliver (2015). S. 2.

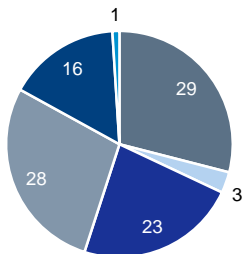


Europäische Energieunion kommt Schritt für Schritt

EU-Stromerzeugung nach Inputenergien
2007

3

Anteile am Strommix, in %



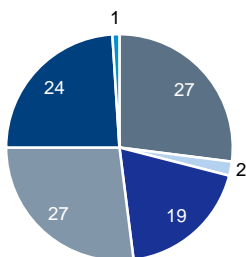
■ Kohle
■ Erdgas
■ Erneuerbare Energien
■ Mineralöl
■ Kernenergie
■ Abfall

Quelle: Eurostat

EU-Stromerzeugung nach Inputenergien
2013

4

Anteile am Strommix, in %



■ Kohle
■ Erdgas
■ Erneuerbare Energien
■ Mineralöl
■ Kernenergie
■ Abfall

Quellen: Eurostat, IEA, WEC

- Steigerung der Energieeffizienz zur Minderung der Energienachfrage,
- Mehr Forschung und Entwicklung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

Auf den ersten Blick erscheinen die genannten Dimensionen wenig strittig zu sein. Sie fügen sich auch gut ins bereits in den letzten Jahren verfolgte Ziel-dreieck der europäischen Energiepolitik ein. Während aber über die Hauptziel-gebiete offenbar länderübergreifend Einigkeit hergestellt werden konnte, besteht hinsichtlich der Konkretisierung in vielen Punkten noch keineswegs Konsens. In den einzelnen Ländern, deren Parteien, Unternehmen und sonstigen Interes-sengruppen, lassen sich nämlich nach wie vor durchaus unterschiedliche Priori-täten und Präferenzen rund um die Energiepolitik beobachten.

Herausforderungen/offene Fragen zur Europäischen Energieunion

Bereits der Werdegang und die Differenzierung der fünf Dimensionen zeigen, dass sich die Energieunion um sehr unterschiedliche Herausforderungen küm-mern soll. Allerdings fehlen bisher die dafür notwendigen Konkretisierungen der Ziele und Instrumente. Insofern sind derzeit noch viele Fragen offen.

Plötzliche Initiative zur Energieunion folgt zunächst eher der Grundsteintheorie

Der nun beschrittene Weg zu der verabredeten Europäischen Energieunion erinnert an den der Euro-Einführung. Auch der Gründung der Europäischen Währungsunion war nämlich eine lange, intensive und kontroverse Diskussion über das richtige Vorgehen vorausgegangen: Viele Jahre wurde nicht zuletzt von deutscher Seite die „Krönungstheorie“ vertreten, wonach erst am Ende des politischen und ökonomischen Zusammenwachsens der einzelnen Länder der letzte Schritt der Integration mit der Etablierung einer gemeinsamen Währung gegangen werden sollte. Dagegen vertraten Länder wie Frankreich die entge-gengesetzte „Grundsteintheorie“. Nach diesem Konzept sollte zuerst eine ge-meinsame Währung verabredet werden, die dann ihrerseits Motor der weiteren politischen und wirtschaftlichen Integration würde. Am Ende folgte die EU-Politik der Grundsteintheorie und in den teilnehmenden Ländern, gelegentlich „Kerneu-ropa“ genannt, kam es zur Euro-Einführung. Für Deutschland gab es ein über-geordnetes politisches Interesse, weshalb es letztlich doch teilnahm, die soge-nannte Wiedervereinigung.

Auch vor der Etablierung der Europäischen Energieunion gab es ähnlich unter-schiedliche und unvereinbare Grundsatzpositionen. Und auch hier gab letztlich ein Sonderevent den Ausschlag; die bis dato kaum für möglich gehaltene neue russische Politik gegenüber der Ukraine (und zuvor bereits gegenüber weiteren Nachbarländern wie Georgien). In dieser politisch aufgeheizten Gemengelage fanden sich letztlich Länder, die bis dato europäischen Lösungen rund um die Energiepolitik eher reserviert gegenüberstanden (wie Deutschland, das im Vor-feld der Liberalisierung der Märkte für die Leitungsenergien kein wirklicher Trei-ber war) und Europa-Befürworter (wie die meisten Osteuropäer und Frankreich, das auch bei der Lösung von Energieproblemen eher auf Europa setzt) zusam-men. Gleichwohl hinkt der Vergleich mit der Zeit um die Euro-Einführung. Denn während mit der Etablierung der gemeinsamen Währung von vielen europä-ischen Ländern tatsächlich ein mutiger politischer Schritt vollzogen wurde, zeichnet sich rund um die Etablierung der Europäischen Energieunion bereits jetzt ab, dass der Weg dorthin letztlich doch eher schrittweise angegangen wird. Damit ähnelt der Weg de facto auch dem Konzept der Krönungstheorie. Die nachfolgend thematisierten Herausforderungen und noch offenen Fragen spre-chen zumindest für eine solche Einschätzung.



Europäische Energieunion kommt Schritt für Schritt

Gesamtkonzept versus schrittweise Problembewältigung

EU priorisiert Themengebiet

Wünschenswert wäre freilich, dass die künftigen politischen Entscheider der Energieunion auf ein schlüssiges Gesamtkonzept zurückgreifen und ihre politischen Maßnahmen daran orientieren könnten. Deshalb ist grundsätzlich positiv zu bewerten, dass zu Beginn der Diskussion kein Bereich der bisherigen europäischen Energie- und auch Klimapolitik ausgespart wurde. Tatsächlich priorisierte Juncker bereits in seiner Agenda die Etablierung der Energieunion, ernannte einen Vizepräsidenten für diese und machte sich dafür stark, künftig alle energie- und klimapolitischen Fragen unter dem Dach der Energieunion abzuwickeln. Dieses Vorgehen zeigt eindeutig den politischen Willen, in Zukunft sich diesen Themenbereichen noch sehr viel intensiver und entschlossener als bisher zu widmen. Die Priorisierung des Themengebiets seitens der Kommission fand durchaus positiven Anklang bei den meisten Betroffenen, nicht zuletzt beim Europäischen Parlament, Umweltverbänden, aber auch Industrie- und Energieunternehmen.⁴ Dazu trug auch bei, dass alle Betroffenen zu eigenen Vorschlägen ermuntert wurden, die letztlich in ein umfassendes Gesamtkonzept Eingang finden können. Dieses wird wohl voraussichtlich frühestens zum Jahresende 2015 vorgelegt werden.

Initiative muss ernstgenommen werden

Bereits heute zeichnet sich allerdings ab, dass infolge grundsätzlicher Interessengegensätze der einzelnen EU-Länder und/oder betroffenen Wirtschaftszweige letztlich wohl kein allumfassendes Gesamtkonzept zur Bewältigung sämtlicher energie- und klimapolitischen Herausforderungen unserer Zeit herauskommen wird. Dennoch sollte die Initiative keineswegs kleingeredet werden. Gerade die jüngste Vergangenheit lieferte nämlich gute Belege dafür, dass trotz evidenter Interessenvielfalt und -gegensätze in den EU-Ländern im Notfall auch rasch grenzüberschreitende Problembewältigungen stattfinden: So konnte das Problem drohender Gasversorgungsengpässe in mehreren osteuropäischen Ländern infolge einer abrupt veränderten russischen Lieferpolitik auch deshalb klein gehalten werden, weil die EU zuvor infrastrukturelle Ergänzungen förderte, die in Osteuropa im Notfall auch eine Umkehr der Gasflussrichtung ermöglichen. Selbst den mutigen ersten Liberalisierungsschritten auf den europäischen Märkten für Leitungsenergien Ende der 1990er Jahre lag kein Gesamtkonzept zugrunde, brachte aber dennoch – wie von der EU beabsichtigt – ersten grenzüberschreitenden Wettbewerb.

Einzelne Programmpunkte bergen Konfliktpotenzial

Wenngleich ein Gesamtkonzept zur Bewältigung aller energie- und klimapolitischen Herausforderungen derzeit eher unwahrscheinlich erscheint, macht es doch Sinn, die wohl am ehesten zweckmäßigen Betätigungsfelder der EU und damit auch Programmpunkte des Grundkonzepts der künftigen Energieunion zu ermitteln. In diesem Zusammenhang ist zu fragen, welche „Dimensionen“ die stärksten Konfliktpotenziale bergen, die deren Umsetzung im Wege stehen könnten, bzw. wo eher Konsens unter den Teilnehmern zu erwarten ist. Die wohl größte grundsätzliche Übereinstimmung ist bei den Dimensionen „Steigerung der Energieeffizienz“ und „mehr Forschung und Entwicklung“ zu erwarten. Beide entsprechen der ökonomischen Rationalität und sind damit am ehesten durchsetzbar. Dagegen bergen die restlichen drei Dimensionen größere Interessengegensätze und daher Konfliktpotenziale.

Energieunion sollte Klimaziel „Minderung der CO₂-Emissionen“ bearbeiten

Der Klimawandel infolge der anthropogen verursachten Treibhausgase wie vor allem CO₂ ist sicherlich aufgrund seiner vielfältigen Externalitäten eine globale Herausforderung, da er nicht an Ländergrenzen oder Kontinenten stoppt. Wirklich weltweite Politiken bzw. Initiativen sind derzeit aber noch keineswegs absehbar. Dies gilt trotz des Versprechens der G7-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Juni-Treffen in Deutschland, die Klimaerwärmung auf maximal 2 Grad

⁴ Vgl. auch Fischer, Severin/Geden, Oliver (2015). S. 2/3.



Europäische Energieunion kommt Schritt für Schritt

zu begrenzen sowie bis 2050 40 bis 70% weniger Klima-Schadstoffe als 2010 zu emittieren. Der bisherige (und sich möglicherweise noch einige Zeit fortsetzende) Mangel an wirklich alle Länder integrierenden Klimapolitiken spricht angesichts der Relevanz des Themas sowie des relativ hohen Entwicklungsstands Europas für ein weiteres Tätigwerden auf EU-Ebene, quasi als Second-Best-Approach.

Klimapolitische Ansätze bzw. Politiken mit Klimarelevanz finden sich schon bisher in allen europäischen Ländern. Teilweise – wie in Deutschland – variieren die Klimainitiativen zudem von Bundesland zu Bundesland und/oder es werden einzelne Emissionssektoren (von der Automobilindustrie bis hin zum Kraftwerkspark) ausgewählt und besonderen Regelungen unterworfen. Ein solches Vorgehen wahrt zwar prinzipiell die Souveränität des Einzelstaates. Es kann aber zulasten der Effizienz des Gesamtsystems in Europa gehen und damit zu überflüssigen volkswirtschaftlichen Kosten führen.

Der EU-Emissionshandel findet seit seinem Start weltweite Anerkennung und Aufmerksamkeit, auch was seine Defizite und Fortentwicklung betrifft. Es dürfte relativ unstrittig sein, dass er ein wichtiges Betätigungsfeld der neuen Energieunion und ihrer Organe sein sollte und wohl auch sein wird. Im Kern geht es darum, die Funktionsfähigkeit des Emissionshandels weiter zu steigern. Gelingt dies künftig besser als bisher, könnten einzelstaatliche und/oder sektorale Einflussnahmen perspektivisch ausbleiben oder zumindest reduziert werden. Diese sind teilweise so gravierend, dass sie den Emissionshandel kontraproduktiv beeinflussen können.

Funktionsfähigkeit des Emissionshandels weiter verbessern

Energieunion sollte sich für mehr Versorgungssicherheit einsetzen

Das Streben nach mehr Energieversorgungssicherheit bei den Primärenergien spielte in den letzten beiden Dekaden auf europäischer Ebene nicht die Hauptrolle. Es mussten zwar temporär sehr unterschiedliche Preise für die einzelnen Energieträger bezahlt werden. So reichte die Preisspanne über die beiden Dekaden hinweg beim quantitativ wichtigsten Energieträger, also bei Erdöl, von USD 10 pro Barrel bis fast USD 150. Konnte das Öl allerdings bezahlt werden, war die Lieferung und damit die Bedarfsdeckung gewährleistet. Der Russland-Ukraine-Konflikt hat, wie bereits bemerkt, dem Versorgungssicherheitsziel nun wieder weitaus mehr Relevanz in der europäischen Politik verschafft. Die Zahlungsbereitschaft allein schien nicht mehr ausreichend. Fraglich ist, was daraus für die Europäische Energieunion folgt. Grundsätzlich erscheint eine differenziertere Sichtweise hinsichtlich der einzelnen Energieträger, aber auch zwischen den einzelnen Verarbeitungsstufen angebracht.

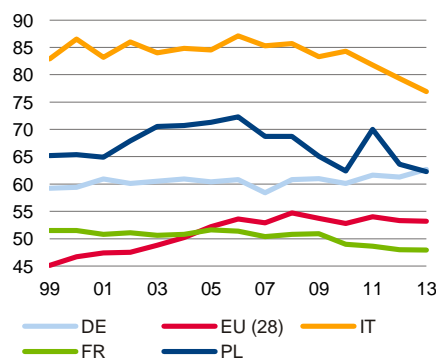
Relativ unkritisch dürfte auch künftig die Versorgung der EU mit Erdöl und Steinkohle sein. Bei beiden Energieträgern gibt es derzeit vielfältige Lieferopportunitäten im nichteuropäischen Ausland. Dies spiegelt sich auch in der Preisentwicklung der letzten Zeit wider. Fraglich ist, ob die Bevorratung insbesondere von Erdöl (und gegebenenfalls der Neubau diesbezüglicher Speicher) ein Zukunftsthema der Energieunion werden sollte. Zweckmäßiger erscheint diesbezüglich, auch weiterhin grundsätzlich auf Marktlösungen zu setzen, also den Privatsektor. Nur für kleinere Versorgungsengpässe sollte eine staatliche Mindestreserve in Betracht kommen. Insbesondere kleinere EU-Länder, die bereits bisher vor allem auf staatliche Speicher setzten, sollten dies auch in Zukunft tun dürfen.

Die Versorgungssituation bei Erdgas ist differenzierter zu bewerten. Dies haben nicht zuletzt die vielfältigen Irritationen rund um den aktuellen Russland-Ukraine-Konflikt eindrucksvoll gezeigt. Der Konflikt offenbarte Gasimportrisiken insbesondere in den östlichen Ländern Europas, die bis dato nicht für möglich gehalten wurden. Insofern liegt es nahe und erscheint auch zweckmäßig zu sein, dass das Thema Gasversorgungssicherheit ein Thema der künftigen

Steigende EU-Energieabhängigkeit

5

Nettoimport zu Bruttoinlandsenergieverbrauch
in %



Quelle: Eurostat



Europäische Energieunion kommt Schritt für Schritt

Sicherheit der Erdgasversorgung weiter verbessern

Energieunion wird. Allerdings endet bei dieser allgemeinen Einschätzung wohl bereits die Konsenszone. Fraglich ist nämlich, inwieweit die einzelnen Länder tatsächlich bereit sind, auf den einzelnen Gasversorgungsebenen zusammenzuarbeiten bzw. Kompetenzen auf Länderebene oder auch der einzelnen Gasunternehmen aufzugeben. Wäre es tatsächlich hilfreich, wenn die EU künftig einen länderübergreifenden Gaseinkauf organisierte? Sollten die Kompetenzen rund um die Gasbevorratung (von den Investitionen in neue Speicher bis hin zu deren Betrieb) von den heutigen Betreibern (privat oder staatlich) auf europäische Institutionen verlagert werden? Derzeit ist nach unserer Einschätzung noch kein diesbezüglicher Konsens für alle Länder der Europäischen Energieunion absehbar. Fraglich auch, ob diese EU-Institution tatsächlich zu besseren Lösungen führen wird als die bisher historisch gewachsenen Strukturen.

Energieimporte reduzieren

Ein Ziel der Europäischen Energieunion könnte es auch werden, die Nettoenergieimporte insgesamt zu mindern, um damit Europa unabhängiger von Lieferunterbrechungen und damit Versorgungsrisiken zu machen. Politiken, die dazu beitragen – z.B. Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und damit zur Minderung der Energienachfrage (also eine der fünf „Dimensionen“) – können in Harmoniebeziehung zum Versorgungsziel stehen. Diese Politiken können aber neue Konflikte zwischen den beteiligten Ländern erzeugen, da möglicherweise die einzelnen Länder unterschiedliche Prioritäten haben.

Basis der Stromversorgung bleibt von Land zu Land unterschiedlich

Ein Betätigungsfeld rund um die Versorgungssicherheit mit Zukunftspotenzial ist wohl die Elektrizitätsversorgung in Europa und deren Weiterentwicklung. Eine Herausforderung dabei ist die unterschiedliche Toleranz der einzelnen Länder gegenüber Versorgungsunterbrechungen. Teilweise von Land zu Land völlig unterschiedliche Präferenzen und Energieziele sprechen dafür, dass auch künftig die Entscheidungsgewalt hinsichtlich der Basis der Stromerzeugung – also mehr fossile oder mehr erneuerbare oder mehr Kernenergie – bei den einzelnen EU-Ländern bzw. Einzelunternehmen verbleiben wird. Die Fokussierung auf bestimmte Energieträger hat natürlich Konsequenzen für die Stromversorgungssicherheit. Das haben gerade auch die jüngsten Irritationen bezüglich der Gaslieferungen aus Russland gezeigt. Erneuerbare Energien haben hier einen gewissen Vorteil, da sie normalerweise nicht über große Strecken aus fern gelegenen Regionen importiert werden.

Übertragungsnetze auf- bzw. ausbauen

Energieunion sollte an Vollendung des EU-Energiebinnenmarktes arbeiten

Der europäische Strommarkt hat immer noch nicht eine Funktionsfähigkeit erreicht, die als optimal zu bewerten wäre. Zukunftsthemen sind der weitere Netzausbau sowie die Vollendung des Binnenmarktes. Beim Netzausbau gibt es noch viele Baustellen. Und dies nicht nur international, sondern auch in wichtigen einzelnen Ländern. So kommt z.B. in Deutschland der Ausbau der Übertragungsnetze, die erforderlich sind, um große Mengen Windstrom aus dem Norden in die südlichen Bundesländer zu befördern, nur schleppend voran. Auch zur Optimierung des gesamteuropäischen Strombinnenmarktes ist ein weiterer Auf- und Ausbau von transnationalen Übertragungsnetzen erforderlich. Abgesehen von den technischen Herausforderungen, wie europaweit einheitlichen Netzstandards und Anforderungsprofilen, sind auch die einzelnen Netzentwicklungspläne der Mitgliedsländer aufeinander abzustimmen, damit das Gesamtsystem optimiert werden kann.

Das Thema Kapazitätsmarkt wird in der EU keineswegs einheitlich bewertet. Tatsächlich gibt es bereits in einigen Ländern einen Kapazitätsmarkt. Andere Länder – wie Deutschland – sehen dessen Notwendigkeit derzeit nicht. Die unterschiedlichen Sichtweisen bzw. Präferenzen haben letztlich zur Konsequenz, dass es auch keine einheitliche Lösung gibt. Im Zweifelsfalle impliziert der Mangel an internationaler Koordinierung und Kooperation auch Ineffizienzen und führt damit zu suboptimalen Lösungen mit volkswirtschaftlichen Wohlfahrtsver-



Europäische Energieunion kommt Schritt für Schritt

EU-Binnenmarkt für Strom und Gas vollenden

lusten. Aus diesem Grunde könnte die Energieunion in der Befassung mit dem Thema ein künftiges Betätigungsfeld finden.

Per Saldo dürften die Themen Vollendung des EU-Binnenmarktes für Strom – und auch des Binnenmarktes für Erdgas – wohl lohnende Betätigungsfelder der Energieunion werden, da sie den Mitgliedstaaten im Erfolgsfalle per Saldo Wohlfahrtsgewinne bringen sollten. Dabei hat die Energieunion die Auswirkungen ihrer Politiken auf die Energiepreise zu beachten, um insbesondere die Industriekunden im internationalen Wettbewerb nicht zu benachteiligen. Auch die Befassung mit dem Thema „Smart Grids“, also intelligente Elektrizitätsnetze mit Fokus eher im Ausgleich von Stromangebot und -nachfrage im dezentralen Bereich, könnte noch stärker von der EU betreut werden. Bereits heute erfasst das Institut der EU-Kommission für Energie und Transport diverse „Smart Grids“-Projekte – von Demonstrationsvorhaben bis hin zu ersten Kleinserien.

Fazit: Energieunion noch mit vielen Fragezeichen

Die Energieunion wird sich für Europa lohnen

Das Bekenntnis der europäischen Länder zu einer künftig noch stärkeren Zusammenarbeit bei der Beantwortung von Energie- und Klimafragen ist grundsätzlich ein Fortschritt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Initialzündung großen Sorgen um die Versorgungssicherheit geschuldet ist. Nach unserer Einschätzung bieten die Zielgebiete Steigerung der Energieeffizienz sowie Forschung und Entwicklung relativ wenig Konfliktpotenzial; wenngleich z.B. „grüne“ Energien mit Kernenergie und/oder fossilen Energien im Wettbewerb stehen dürften. Hinsichtlich der Dimensionen Minderung der CO₂-Emissionen, mehr Versorgungssicherheit sowie Vollendung des Energiebinnenmarktes sollte die für Ende des Jahres avisierte Konkretisierung abgewartet werden, die dann eine erste Bewertung erlauben wird. Die derzeitige Diskussion deutet darauf hin, dass sich die Energieunion wohl zunächst den brennenden Fragen der Zeit wie der weiteren Verbesserung der Erdgasversorgung im östlichen Europa widmen dürfte. Absehbare Zielgebiete dürften auch die Weiterentwicklung der Infrastrukturen und Märkte der leitungsgebundenen Energien werden. Dagegen dürften konfliktträchtige Themen wie der Atomausstieg in Deutschland oder die länderspezifischen Förderprogramme rund um erneuerbare Energien anfangs eher (noch) nicht zum Zielgebiet zählen. Damit wird wohl insgesamt eine Politik der kleineren Schritte verfolgt werden, also keineswegs ein schneller und radikaler Umbau der gesamten europäischen Energiewirtschaft.

Josef Auer (+49 69 910-31878, josef.auer@db.com)

© Copyright 2015. Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Research, 60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen.

In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis zur Erbringung von Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen verfügt und unter der Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) steht. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Filiale London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die von der UK Prudential Regulation Authority (PRA) zugelassen wurde und der eingeschränkten Aufsicht der Financial Conduct Authority (FCA) (unter der Nummer 150018) sowie der PRA unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapore Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Limited, Tokyo Branch, genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.

Druck: HST Offsetdruck Schadt & Tetzlaff GbR, Dieburg